

**Beschlussempfehlung und Bericht  
des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)**

**zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Monika Knoche, Hüseyin Kenan Aydin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.**

**- Drucksache 16/2605 -**

**zu der ersten Beratung des Antrag der Bundesregierung**

**- Drucksache 16/2572 –**

**Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der „United Nations Interim Force in Lebanon“ (UNIFIL) auf Grundlage der Resolution 1701 (2006) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen**

**A. Problem**

Seit dem 14. August 2006 schweigen die Waffen im Krieg zwischen Israel und den Hisbollah-Milizen im Libanon. Dieser Waffenstillstand ist brüchig und bereits mehrmals gebrochen worden. Er muss stabilisiert und in einen Friedensprozess im Nahen Osten übergeleitet werden. Es gibt keine Alternative zu einer politischen Lösung des Nahost-Konflikts, die zu zwei sicheren, lebensfähigen, völkerrechtlich anerkannten Staaten führen muss: Israel und Palästina. Um eines nachhaltigen Friedens willen, bedarf es großer Anstrengungen und insbesondere auch Hilfen der Europäischen Union zur sozialen und ökonomischen Entwicklung dieser Region.

Der Waffenstillstand auf Basis der UN-Resolution 1701 bleibt prekär, auch wenn ihm die Konfliktparteien zugestimmt haben. Durch den Einsatz einer UN-Truppe ergänzend zur Stationierung von Soldaten der libanesischen Armee im Süden des Libanons soll der Waffenstillstand stabilisiert werden und in Verhandlungen der Konfliktparteien münden.

Die Bundesregierung will, dass sich Deutschland mit Bundeswehrsoldaten an einer UN-Truppe für den Libanon (UNIFIL) beteiligt. Nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion ist das der falsche Weg eines deutschen Beitrages zur notwendigen Stabilisierung des Waffenstillstandes. Die deutsche Verantwortung spreche gegen eine Entsendung deutscher Sol-

daten als Bestandteil der UN-Friedenstruppe, weil jede ihrer Handlungen von den jeweils betroffenen Seiten in historischen Zusammenhängen gesehen werden würde. Deutsche Soldaten und Polizisten würden somit nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Aktuell würde zusätzlich die Entsendung deutscher Soldaten in den Nahen Osten die politischen Möglichkeiten Deutschlands, zu einer friedlichen Lösung des Nahostkonflikts beizutragen, nicht ausweiten, sondern einschränken.

Daher soll der Deutsche Bundestag beschließen, kein deutsches militärisches Engagement im Nahen Osten einzugehen. Weiterhin soll er die Konfliktparteien zur Einhaltung des Waffenstillstands aufrufen und politische Alternativen zum militärischen Engagement beschließen. Diese sollen humanitäre Hilfe im Libanon, in Israel und in Palästina, die Wiederaufnahme der Hilfe für Palästina, die Ernennung eines deutschen Sonderbotschafters bei der Arabischen Liga, die Gründung eines Jugendprojektes für israelisch-palästinensische Verständigung sowie die Gründung einer unbefristeten, ständigen Nahost-Konferenz, ähnlich der KSZE umfassen. Diese Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten (KSZN) könne unter anderem die Anerkennung des Existenzrechts Israels durch alle Beteiligten, die Schaffung eines palästinensischen Staates, die Regelung von strittigen Grenzfragen, die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung insbesondere Libanons und Palästinas sowie Schritte zur Entmilitarisierung als Ziele verfolgen. Der Deutsche Bundestag solle die KSZN einladen, Berlin als ihren Konferenzort zu wählen.

## **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.**

## **C. Alternativen**

Keine

## **D. Kosten**

Keine

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/2605 abzulehnen.

Berlin, den 19. September 2006

## **Der Auswärtige Ausschuss**

**Hans-Ulrich Klose**  
Amtierender Vorsitzender

**Eckart von Klaeden**  
Berichterstatter

**Gert Weisskirchen (Wiesloch)**  
Berichterstatter

**Dr. Werner Hoyer**  
Berichterstatter

**Wolfgang Gehrcke**  
Berichterstatter

**Kerstin Müller (Köln)**  
Berichterstatterin

elektronische Vorab-Fassung\*

# **Bericht der Abgeordneten Eckart von Klaeden, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Dr. Werner Hoyer, Wolfgang Gehrcke und Kerstin Müller (Köln)**

## **I.**

Der Deutsche Bundestag hat den vorliegenden Antrag auf Drucksache 16/2605 in seiner 49. Sitzung am 19. September 2006 beraten.

Der Antrag wurde an den Auswärtigen Ausschuss federführend sowie an den Rechtsausschuss, an den Verteidigungsausschuss, an den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

## **II.**

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag in seiner 24. Sitzung am 19. September 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 19. Sitzung am 19. September 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 17. Sitzung am 19. September 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat nicht abgestimmt.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 15. Sitzung am 19. September 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

## **III.**

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 22. Sitzung am 19. September 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Berlin, den 19. September 2006

**Eckart von Klaeden, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Dr. Werner Hoyer, Wolfgang Gehrcke, Kerstin Müller (Köln)**

Berichterstatter

**elektronische Vorab-Fassung\***